

Alytus 1941-1944: Massenmorde in einer Kleinstadt Ein Fallbeispiel deutscher Besatzungspolitik in Litauen.

Christoph Dieckmann

Die deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941 bis 1944 führte zu hunderttausendfachem Massenmord. Über 200.000 litauische Juden, mindestens 170.000 sowjetische Kriegsgefangene, eine noch nicht geklärte Zahl zehntausender sowjetischer Zwangsevakuierter aus weiter östlich gelegenen Gebieten und tausende weitere Personen unterschiedlicher Gruppen wurden während dieser drei Jahre auf litauischem Territorium umgebracht. Die Geschichte des kleinen Städtchens Alytus im Süden Litauens in dieser Zeit ermöglicht Einblicke in die Prozesse und Zusammenhänge dieser Massenmorde und wird im folgenden beschrieben werden.

Man weiss bis heute noch sehr wenig über das Geschehen in der Provinz Litauens unter deutscher Besatzung. Zu übergreifenden, allgemeinen Aspekten liegen einige historische Arbeiten von deutscher, litauischer und jüdischer Seite vor, die einen Überblick vermitteln. Zu nennen sind dabei vor allem die Arbeiten des Finnen Seppo Myllyniemi, der Ostdeutschen Roswitha Czollek, der Litauer Kazys Rukšėnas, Juozas Bulavas und Arūnas Bubnys sowie der Israelis Yizhak Arad und Dov Levin, beide Überlebende des Holocaust in Litauen.¹ Darüberhinaus gibt es eine Fülle weiterer Veröffentlichungen, Erinnerungen, Tagebücher, Dokumentationen und Aufsätzen zu Einzelaspekten, die an dieser Stelle nicht alle aufgeführt werden können. Festzuhalten ist jedoch, dass viele der zentralen Fragen nach wie vor sehr kontrovers diskutiert

¹ Seppo Myllyniemi, Die Neuordnung der Baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973; Roswitha Czollek, Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken, Berlin 1974; Kazys Rukšėnas, Hitlerininkų Politika Lietuvoje 1941-1944 Metais (Hitleristische Politik in Litauen in den Jahren 1941-1944), Vilnius 1970; Juozas Bulavas, Vokiškųjų Fašistų Okupacinis Lietuvos Valdymas 1941-1944 (Deutsche faschistische Besatzungsherrschaft in Litauen), Vilnius 1969; Arūnas Bubnys, Vokiečių Okupuota Lietuva 1941-1944 (Das deutsch besetzte Litauen), Vilnius 1998; Yizhak Arad, Ghetto in Flames. The Struggle and Destruction of the Jews in Vilna in the Holocaust, Jerusalem 1980; Ders., The "Final Solution" in Lithuania in the Light of German Documentation. In: Yad Vashem Studies 11 (1976), S. 234-272; Dov Levin, Fighting Back. Lithuanian Jewry's armed Resistance to the Nazis, 1941-1945. New York/London 1985; Dov Levin, The Lesser of Two Evils - Eastern European Jews under Soviet Rule 1939-1941, Philadelphia 1995; Dov Levin (Hg.), Pinkas HaKehillot. Lita, (Buch der Gemeinden, Litauen) Jerusalem 1996; Dov Levin, The Litvaks. A Short History of the Jews in Lithuania, Jerusalem 2000.

werden. Ausser Frage steht allerdings der verbrecherische Charakter deutscher Besatzungspolitik und sämtlicher deutscher Besatzungsinstanzen. Die Sowjetunion, und damit auch das zu diesem Zeitpunkt von ihr besetzte Litauen wurde angegriffen und besetzt, um drei Ziele zu erreichen: die deutsche Rüstungs- und Ernährungswirtschaft sollte ergänzt, der Bolschewismus vernichtet und schließlich der rassistisch definierte deutsche 'Lebensraum' erweitert werden. Dennoch sind eine ganze Reihe von Aspekten und Zusammenhängen der deutschen Politik noch ungeklärt. Das Beispiel Alytus vermag etwas beizutragen zur Frage des Schicksals der nichtjüdischen Opfergruppen deutscher Politik, über die bisher nur Bruchstücke bekannt sind: der Kriegsgefangenen und der Zwangsevakuierten.

Im Mittelpunkt der historiographischen und öffentlichen Diskussion steht bis heute jedoch immer wieder die Frage nach der Rolle der Litauer bei den Verbrechen und das litauisch-jüdische Verhältnis.² Vor allem in zahlreichen Berichten jüdischer Überlebender wurde und wird mit grosser Bitterkeit das Verhalten vieler Litauer als durch scheinbar plötzlich vehemente Feindschaft gekennzeichnet beschrieben. Bis auf wenige Ausnahmen sei das Verhalten eines der vermeintlich neutralen Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit gewesen, das vielerorts zusammenging mit der skrupellosen Inbesitznahme jüdischen Eigentums. Fast überall gab es darüberhinaus starke litauische Gruppen, die sich aktiv an der Ausgrenzung, den Quälereien und der Ermordung der litauischen Juden beteiligten. Aus der Perspektive der jüdischen Opfer tauchten Deutsche oft nur am Rande auf, wenn überhaupt. Dies gilt vor allem für die vielen Städte und Städtchen ausserhalb der grösseren Zentren des Landes. Und für diejenigen Juden, die die ersten Mordwellen überlebten, stellte es eines der zentralen

² Azriel Shohat, *The Beginning of Anti-Semitism in Independent Lithuania*. In: *Yad Vashem Studies II* (1958), S. 7-48; Karen Friedman, *German/Lithuanian Collaboration in the Final Solution, 1941-1944*, University of Illinois 1994 ; Sima Ycikas, *Lithuanian-Jewish Relations in the Shadow of the Holocaust*. In: *Jews and Jewish Topics in the Soviet Union and Eastern Europe*, 1 (11), 1990, S. 33-66, abgedruckt in Zvi Gitelman, *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*, Bloomington/Indianapolis 1997, S. 185-213; Sara Neshamit, *Jewish-Lithuanian Relations during World War II: History and Rhetoric*. In: ebd., S. 167-184 (überarbeitete Fassung von dies., *The History and Polemics of the Relation Between the Jews and Lithuanians During World War II*. In: Yizrael Gutman/Gideon Greif, (Hg.), *The Historiography of the Holocaust*, Jerusalem 1988, S. 291-314); Dov Levin, *On the Relations Between the Baltic Peoples and Their Jewish Neighbors Before, During and After the Holocaust*. In: *Holocaust and Genocide Studies* 5 (1990), S. 53-66; Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Rolle der Kollaboration für die deutsche Besatzungspolitik in Litauen und "Weißruthenien"*. In: *Bundesarchiv (Hg.), Okkupation und Kollaboration (1938-1945)*, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin/Heidelberg 1994, S. 191-216.

Probleme des weiteren Überlebens dar, den Denunziationen seitens der litauischen Bevölkerung zu entgehen.

Das historiographische Bild war lange Zeit dominiert von gekränkten Rechtfertigungsschriften der litauischen Emigration einerseits und von - bis auf wenige Ausnahmen - pauschal anklagenden Büchern und Broschüren innerhalb Sowjetlitauens andererseits. Publikationen von jüdischer Seite hatten meist autobiographischen Charakter, urteilten jedoch teilweise differenzierter.³ Untersuchungen deutscher Historiker bezogen sich bisher entweder zu einseitig auf deutsche Quellen oder liessen ihren Spekulationen freien Lauf.⁴ Amerikanische Arbeiten litten zunächst ebenfalls an Quellenmangel, was sich jedoch in letzter Zeit geändert hat.⁵ Die historische Forschung beginnt langsam, sich von festgefahrenen Positionen zu lösen.

Die grossen Probleme der Diskussion hängen mit verschiedenen Faktoren zusammen, die hier kurz angesprochen seien. Zu allererst hat es mit den langen Jahren der Besetzung in Litauen zu tun, mit der brutalen und exzessiven Gewalt, die die deutsche, aber auch die zweimalige sowjetische Besetzung - 1940/41 und 1944 bis 1991 - charakterisierte. Es leuchtet unmittelbar ein, dass die auf den verschiedenen Seiten beteiligten Generationen ihr Selbst- und Weltbild nur schwer durch gegenläufige Darstellungen korrigieren lassen. Zu massiv waren die schmerzhaften Erfahrungen, die vor allem die Opfer der Gewaltherrschaft machen mussten, und das waren im Verlauf dieser Jahre sehr viele. Das schiere Ausmaß der Gewalt ist kaum vorstellbar. Zum Beispiel war in Dutzenden von Städten und Städtchen ein Drittel oder gar die Hälfte der

³ Für Überblicke zur Historiographie vgl. Sara Neshamit, Relations; Sima Ycikas, Relations; Dov Levin, Relations; Ders., The Soviet Communist Motif and Its Effect on the Subject of the Holocaust in the Baltic Émigré Historiography, in: Gutman, Greif, (Hg.), Historiography, S. 249-274; Dov Levin, Lithuanian Attitudes toward the Jewish Minority in the Aftermath of the Holocaust. The Lithuanian Press, 1991-1992. In: Holocaust and Genocide Studies, 7 (1993), S. 247-262; Valentinas Brandišauskas, Siekiai atkurti Lietuvos valstybinguma (Die Bemühungen zur Wiederherstellung der litauischen Staatlichkeit, Juni 1940 - September 1941), Vilnius 1996, S. 5-23.

⁴ Vgl. H.-H. Wilhelm, Einsatzgruppe A, Frankfurt 1996, S. 53-63, 88-94; Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt u.a. 1996; Ders., Das Fußvolk und seine Eliten. Der Beginn der Kollaboration in Litauen 1941. In: Wolfgang Benz/Marion Neiss (Hg.), Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente, Berlin 1999, S. 69-89.

⁵ Vgl. Friedman, Collaboration; Mike MacQueen, The Context of Mass Destruction: Agents and Prerequisites of the Holocaust in Lithuania. in Holocaust and Genocide Studies, Spring 1998, S. 27-48. Ders., Nazi Policy toward the Jews in the Reichskommissariat Ostland, June-December 1941: From White Terror to Holocaust in Lithuania. In: Gitelman, Legacy, S. 91-103.

Bevölkerung jüdisch und wurde innerhalb weniger Monate ausgeplündert und schließlich vernichtet. Unter deutscher Besatzung traf die Terror- und Mordpolitik zum grossen Teil nichtethnische Litauer, unter sowjetischer Besatzung hingegen zählten auch die ethnischen Litauer zu den grossen Opfergruppen.

Die Entwicklung der Historiographie zeigt, dass es auf litauischer Seite vor allem denjenigen Historikern, die nicht unmittelbar an dem Geschehen beteiligt waren, in zunehmendem Maße gelingt, die offenen und kontroversen Fragen differenzierter zu untersuchen.⁶

Gleichwohl ist auch heute deutlich, dass alle diese Diskussionen eng mit Fragen nach dem litauischem Nationalismus verknüpft sind. Ich denke dabei vor allem an zwei Themenkreise. Zum einen geht es darum, ob auf litauischer Seite das Selbstverständnis, selbst immer Opfer der Geschichte gewesen zu sein, differenziert und die Tatsache, dass Teile der litauischen Gesellschaft sowohl unter deutscher wie unter sowjetischer Herrschaft auch zu Tätern geworden sind, wirklich zur Kenntnis genommen werden kann. Zum anderen handelt es sich immer auch um eine Auseinandersetzung über die Richtung, in die die litauische Gesellschaft und ihr Staat gehen wollen. Folgt man dem Ideal desjenigen Nationalismus, der die Menschen nach ihrer ethnischen Herkunft unterscheidet und hierarchisiert - oder erweist sich das Ideal als richtungsweisender, das Menschen- und Staatsbürgerrechte nicht an die Herkunft, sondern an universale Prinzipien der Menschenrechte bindet? Anders ausgedrückt: Wird Geschichte weiterhin ausschließlich in kollektivistischen Kategorien gedacht als Auseinandersetzung des eigenen ethnisch definierten Volkes mit seiner Umgebung, oder öffnet sich dieses Geschichtsverständnis einer Sichtweise, in der Gruppen und Individuen als Subjekte der Geschichte mit ihren Handlungszwängen und -spielräumen in den Mittelpunkt rücken? Mir scheint, erst dann würde sich der Raum öffnen, um das ganze Spektrum litauischer Verhaltensweisen zu untersuchen, die Ermordung der litauischen Juden, der Kriegsgefangenen und der sowjetischen Zwangsevakuierten als Problem der eigenen Geschichte zu begreifen. Das junge, in manchem wenig gefestigte litauische Staatswesen und das Gefühl von Instabilität in der litauischen Gesellschaft lassen noch zu selten ein offenes Diskussionsklima zu - als ob man ausschließlich auf die Integrationskraft eines ethnisch definierten Nationalismus angewiesen sei. Um so höher ist es zu veranschlagen, dass alle Archive in Litauen für die Forschung offen stehen - leider bei weitem nicht die Regel in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die

⁶ Saulius Suziedelis, Thoughts on Lithuania's Shadows of the Past: A Historical Essay on the Legacy of the War. In: Vilnius. Magazine of the Lithuanian Writers Union, Sommer 1998, S. 128-146. Part II in ebd., Sommer 1999, S. 177-208; Brandišauskas, Valstybinguma; Bubnys, Lietuva.

Erarbeitung der Empirie ist möglich, und damit eine der Voraussetzungen zur Versachlichung der Diskussionen gegeben.

Auch dieser Aufsatz zur Geschichte in Alytus soll ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion sein, vor allem indem quellengestütztes Material zur Verfügung gestellt und Interpretationsvorschläge gemacht werden. Ich beschränke mich dabei wegen des knappen Raumes auf die Frage nach der deutsch-litauischen Kooperation bei der Durchführung der verschiedenen Verbrechen.

Die Verfolgung und Ermordung der Juden in Alytus.

In dem 60 km südlich von Kaunas gelegenen Städtchen Alytus wohnten 1939 etwa 9.200 Einwohner, als eine von vier grossen sowjetischen Militärbasen dort eingerichtet wurde. Zu diesem Zeitpunkt lebten etwa 1.730 Juden - einschliesslich der jüdischen Flüchtlinge aus dem Suwalki-Gebiet, das 1939 an Deutschland gefallen war - in der Stadt.⁷ Wie im ganzen Land wurde 1940 die Mehrheit der Fabriken und Läden nationalisiert, der Lebensstandard sank stetig. Alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die den Sowjets nicht genehm waren, wurden verboten, darunter auch alle zionistischen Organisationen. In den Schulen durfte kein hebräischsprachiger, sondern nur noch jiddischsprachiger Unterricht stattfinden. Die Deportationen in den Nächten vom 13./14. Juni 1940 betrafen auch jüdische Familien. In den Morgenstunden des 22. Juni 1941 griff die deutsche Wehrmacht die Stadt an, viele starben bereits durch die Bombardierungen, es wurden 214 Wohnhäuser und 160 weitere Gebäude zerstört.⁸ Kleinere Kämpfe dauerten bis zum 24. Juni an. Am zweiten Kriegstag wurden von deutschen Soldaten 42 Zivilisten erschossen, nachdem zwei Deutsche in der Nähe einer Mühle getötet worden waren. Unter den Opfern waren zwei Priester.⁹

Die sowjetische Verwaltung war geflüchtet, im Zuständigkeitsbereich deutscher Ortskommandanturen reorganisierte sich rasch die örtliche litauische Verwaltung, in der nur "patriotische Litauer" tätig sein sollten.¹⁰ Neben den normalen zivilen und

⁷ Levin, Pinkas, S. 140-143 (Eintrag Alytus).

⁸ Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas (LCVA), R 1436-1-29, Bl. 58.

⁹ Masinės žudynės, Bd. 2, Tabelle, S. 389. Algirdas Rakūnas, Lietuvos liaudies kova prieš hitlerinę okupaciją, Vilnius 1970, S. 19. Nicht zu klären ist, ob es bereits in diesen ersten Tagen deutscher Besatzung zu einer weiteren Erschiessung von mehreren hundert Männern kam. Vgl. Rukšėnas, Politika, S. 134; Aussage Jokūbas Voščikas in A. Vabalas, Kraują sugėrė Dzūkijos smėlis (Die blutige Erde um Dzukija, Vilnius 1960, S. 3 f.; Akt v. 28.8.1944, Gosudarstvennyj Archiv Rossiskoj Federacii (GARF), 7021-94-3, Bl. 39 f.

¹⁰ Befehl Kreischef Alytus v. 9.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 8.

polizeilichen Strukturen, die an die Zeit vor der sowjetischen Annexion anknüpften, existierte in den ersten drei Wochen eine Reihe von paramilitärischen Sonderinstanzen, getragen vor allem von freiwilligen antibolschewistischen Partisanen und ehemaligen Soldaten.

Die litauischen Führungspositionen wurden in den ersten Monaten teilweise von Personen eingenommen, die in der rechtsradikalen Lietuvos Nacionalistų Partija [LNP] organisiert waren. In Alytus gehörten zu ihnen der Generalstabsmajor Juozas Ivaškauskas, der Stadtkommandant sowie Leiter des Partisanenstabes und später Bürgermeister war, der Kreispolizeiführer und Hauptmann der Luftwaffe Antanas Audronis sowie der Chef der litauischen Kriminalpolizei Alfonsas Nykštaitis. Aber zwei der entscheidenden Personen für die Durchsetzung der ideologisch motivierten Verfolgungen waren nicht in der LNP: Kreischef Hauptmann Stepas Maliauskas und der Chef der litauischen Sicherheitspolizei, der Reserve-Leutnant Pranas Zenkevičius.

Die Tätigkeit der örtlichen Verwaltung bestand zuerst vor allem in der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, konkret bedeutete dies - wie in ganz Litauen - vor allem die Verfolgung von Kommunisten und Juden.

Die tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten wurden zu hunderten verhaftet.¹¹ Bis zum 16. Juli 1941 waren im ganzen Kreisgebiet gemäss den deutschen Befehlen 82 Kommunisten erschossen worden, 389 waren verhaftet und 345 wurden noch gesucht.¹² Neben systematischen Suchtrupps in den Wäldern sorgten vor allem zahlreiche Meldungen der Bevölkerung dafür, dass vermeintliche Kommunisten der Polizei ausgeliefert wurden.¹³ Bis Ende August 1941 zogen allein in Alytus 50 Hinweise aus der Zivilbevölkerung Handlungen der örtlichen Hilfspolizeitruppen nach sich, wobei 36 Kommunisten, neun Rotarmisten und "eine große Zahl Juden" festgenommen wurden.¹⁴ Die Verfolgung von Juden hatte noch grössere Ausmasse. Die zum Geschehen in Alytus überlieferten Quellen sind zwar lückenhaft, erlauben aber dennoch Einblick in die Mentalität der örtlichen litauischen Führung.

¹¹ Vgl. zwei Listen des Partisanenanführers Ivaškauskas mit 137 und 51 verhafteten Kommunisten v. 6.7.1941, die sich teilweise überschneiden. LCVA, R 1436-1-29, Bl. 57, 64, gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 44-47.

¹² Bericht aus Alytus an Innenminister der provisorischen Regierung v. 16.7.1941, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 69; gedruckt in: Masinès žudynės, Bd. 2, S. 65 f.

¹³ Vgl. Auflistung eingegangener Meldungen in Alytus, deren Ausführung und derzeitiger Stand 12.7.-4.8.1941, Masinès žudynės, Bd. 2, S. 48-59.

¹⁴ Kurzer Überblick über Tätigkeit des "Selbstschutzes" in Alytus v. 31.8.1941. LCVA, R 660-2-231, Bl. 1 f., gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 60 f.

Ende Juni 1941 wandte sich der litauische Kreispolizeiführer Audronis mit der Klage an den deutschen Ortskommandanten, man ginge gegen die Juden viel zu sanft vor. Audronis bat im Einvernehmen mit der litauischen Kreisverwaltung um die Genehmigung, selbst ohne gerichtliche Verfahren Erschiessungen durchführen zu dürfen - und zwar von Kommunisten, Juden und Polen. Er übernehme die Verpflichtung, innerhalb von zehn Tagen durch die Polizeiführung den gesamten Kreis Alytus "zu säubern". Er habe dazu 200 Polizisten und 850 Partisanen zur Verfügung, es fehlten nur die nötigen Waffen und einige Fahrzeuge.¹⁵ Das deutsche Antwortschreiben ist zwar nicht in den Akten überliefert, aber es ist eindeutig, dass Audronis für diese Eigeninitiative zum Massenmord kein grünes Licht erhielt. Die Morde an den Juden von Alytus und Umgebung sollten sich noch zweieinhalb Monate lang hinziehen.

Der litauische Bürgermeister ordnete erst einmal ab dem 5. Juli 1941 Zwangsarbeit für alle jüdischen Männer zwischen 16 und 55 Jahren und für alle jüdischen Frauen zwischen 16 und 45 Jahren an.¹⁶ Sie mussten vor allem Schwerstarbeit an Brücken und Strassen leisten.¹⁷ Eine Woche später - am 12. Juli - ordneten Kreischef Maliauskas und Major Ivašauskas eine Serie von Einschränkungen für Juden an. Alle Juden in der Stadt und im Kreis mussten ab dem 14. Juli in der Stadt und ab dem 16. Juli im Kreis den gelben Davidstern tragen. Sie hatten nur noch auf den Strassen, nicht mehr auf den Bürgersteigen gehen, unterlagen der Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr, durften erst ab 11 Uhr einkaufen, und Handel mit Bauern war ihnen völlig untersagt. Sie durften keine nichtjüdischen Arbeitskräfte beschäftigen und in bestimmten Teilen der Memel nicht mehr baden. Es wurde verboten, ohne Genehmigung umzuziehen, Fremde, Russen oder Kommunisten aufzunehmen und staatliches Eigentum zu beschädigen. Sogar die Benutzung von Jiddisch am Telefon war unter Strafe gestellt.

Nichtjuden durften mit Juden keine Lebensmittel handeln, alle Juden der Stadt Alytus waren nach Aufforderung zu öffentlichen Arbeiten verpflichtet, Radios, Fahrräder und Motorräder mußten abgegeben werden. Mehr als zwei Juden durften sich nicht öffentlich treffen.¹⁸

Der deutsche Kommandant der Ortskommandatur II 352, Hauptmann von der Marwitz, bestätigte am 14. Juli 1941 diese "Sonderbestimmungen" für die Juden und ordnete die Registrierung aller Einwohner an. Er gab darüberhinaus nach der Vorgabe

¹⁵ LCVA, R 1436-1-29, Bl. 12-13, gedruckt in Masinès žudynės, Bd. 2, S. 39-41. In Alytus selbst gab es 50 Polizisten und 100 Partisanen. Vgl. Aufstellung der Partisanen im Kreis Alytus (o.D.; ca. Juli 1941), LCVA 1436-1-29, Bl. 14.

¹⁶ Befehl Bürgermeister Alytus v. 1.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 115.

¹⁷ Befehl Kreischef Alytus v. 9.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 8.

¹⁸ Befehl Kreischef Alytus v. 12.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 17.

der zuständigen Sicherungsdivision 403 vom 13. Juli 1941 die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel bekannt. Die Beschaffung oblag den litauischen Bürgermeisterern, und es handelte sich nicht um Festsätze, sondern um Höchstsätze, die nach Bedarf herabgesetzt werden konnten. Für die litauische Bevölkerung war schon wenig vorgesehen, für die jüdische Bevölkerung jedoch fast gar nichts. Ihr drohte der Hungertod, sollte sie allein auf diese Lebensmittel angewiesen sein. Wöchentlich waren vorgesehen für Litauer: 1.750 Gramm Brot , 200 Gramm Mehl , 150 Gramm Grütze, 400 Gramm Fleisch, 125 Gramm Fett und 125 Gramm Zucker; für Juden waren lediglich 875 Gramm Brot in der Woche sowie 100 Gramm Mehl und 75 Gramm Grütze eingeplant.¹⁹ Wie sollte man von einem einzigen kleinen Stück Brot am Tag leben?

Ab Mitte Juli 1941 wurde die Politik der Verfolgung in Alytus noch stärker systematisiert und genauer durch die deutsche und litauische Führung kontrolliert. Die radikale antisemitische Grundausrichtung erläuterte Kreispolizeiführer Audronis den Polizeipunktführern der litauischen Ordnungspolizei am 16. Juli 1941.²⁰ Deutsche und litauische Interessen seien identisch und da "das Judentum" gegen Deutschland sei, sei es auch der Feind der Litauer. Jeder sei ein "Volksverräter", der Juden helfe, ihnen Lebensmittel verkaufe oder überhaupt Verbindung zu ihnen halte. Die Polizeiführung sei für die strenge Erfüllung der vom Bürgermeister am 12. Juli 1941 erlassenen antijüdischen Anordnungen verantwortlich. Die von der deutschen Wehrmacht festgesetzten Lebensmittelrationen dürften von niemandem überschritten werden, von Litauern nicht und auch nicht von Juden. Deutsche und Litauer seien Bürger erster Klasse, Polen und Russen Bürger zweiter Klasse und die Juden seien "das letzte von allen Völkern". Daran, wie die Litauer diese Politik umsetzten, werde sich nach deutscher Prüfung zeigen, ob Litauen "der Unabhängigkeit wert" sei.

Die Hoffnung auf Unabhängigkeit war jedoch vergeblich. Am 5. August 1941 begann in dem Gebiet die Tätigkeit der deutschen Zivilverwaltung unter Führung des 34-jährigen Gebietskommissars (GBK) Wilna-Land, SS-Sturmbannführer Horst Wulff.²¹

¹⁹ Vgl. Befehle der Ortskommandantur für die Zivilbevölkerung und die zivilen Behörden v. 14.7.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 18, 33 und 126; Zur Sicherungsdivision 403: Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 23 v. 13.7.1941, nach: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Ernährungspolitik in Weißrußland 1941-1944*, Hamburg 1999, S. 267.

²⁰ LCVA, R 1436-1-29, Bl. 19 f., gedruckt in *Masinės žudynės*, Bd. 2, S. 62-65.

²¹ Öffentliche Bekanntmachung Nr. 2 Gebietskommissar (GBK) Wilna-Land mit Verweis auf Nr. 1 v. 5.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 90. Ab April 1942 gehörten Alytus und Umgebung dann zum GBK Kauen-Land unter dem 40-jährigen SA-Brigadeführer Arnold Lentzen, da das GBK Wilna-Land durch drei Kreise aus Weißrussland vergrößert wurde.

Schon tags darauf legte Wulff in einer Besprechung mit den litauischen Kreischefs seines Gebietskommissariats in Vilnius die Aufgaben fest.²² Als erstes forderte er eine genaue Aufstellung mit allen litauischen Mitarbeitern der zivilen und polizeilichen Verwaltung, und bis zum 13. August sollten sämtliche Juden statistisch erfasst sein. Ausserdem brauche er rasch Berichte über alle wesentlichen finanziellen und ökonomischen Fragen. Die Kreischefs seien die Vertreter des Gebietskommissars vor Ort, und Waffen dürften nur die Polizei sowie Personen mit ausdrücklicher Genehmigung tragen. Sehr schnell würden den Bezirken weitere Anweisungen zugeschickt.

Wenige Tage später erhielt GBK Wulff alle wesentlichen Informationen zum Kreis Alytus: über bisherige deutsche Anordnungen, die litauischen Behörden, die Ausrüstung der Polizei, die jüdische Bevölkerung und allgemeine Einwohnerzahlen sowie die Finanzlage, die landwirtschaftliche und industrielle Situation im Kreis.²³ Mit dem 14. August gingen in diesem Gebiet alle unabhängigen paramilitärischen Formationen in die Hilfspolizei über. Das hatte die neue litauische Führung in Kaunas - die Führung der litauischen Sicherheitspolizei und der Generalrat für Inneres - angeordnet.²⁴

Schon Ende Juli, Anfang August 1941 war in einigen Strassen der armen Viertel von Alytus ein provisorisches Ghetto für die etwa 1.300-1.500 Juden - darunter schon hunderte aus den Dörfern der Umgebung vertriebene - eingerichtet worden. Ein dreiköpfiger Judenrat hatte die Verantwortung für die innere Ordnung unter unsäglichen Bedingungen zu übernehmen.²⁵ Für das übrige Gebietskommissariat ergingen entsprechende Anordnungen erst gut drei Wochen später. Am 23. August 1941 wies Wulff alle Kreischefs an, Juden und Nichtjuden seien klar zu trennen, ein

²² Vermerk zum Treffen am 6.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 66-68. Zu diesem Zeitpunkt wurden in deutschen Dokumenten die Kreischefs noch Landräte genannt.

²³ Brieftagebuch GBK Wilna-Land v. 11.8.1941, LCVA, R 613-1-64 (Einträge zum 11. und 14.8.1941).

²⁴ Stadtkommandant Alytus an Kreischef Alytus v. 14.8.1941, LCVA, R 1436-1-12, Bl. 162.

²⁵ Dem Judenrat gehörten Rechtsanwalt Halperin, Rechtsanwalt Salansky und Kopl Nemunaitzky an, Levin, Pinkas, S. 142. Im Kreis Alytus mussten auch deutsche Juden, alle Juden aus von Deutschland besetzten Ländern sowie alle gemischten jüdisch-litauischen Ehepaare ins Ghetto. Der nichtjüdische Partner musste sich, um nicht den gleichen Verfolgungsmassnahmen zu unterliegen, scheiden lassen. Das betraf im ganzen 37 Personen im Kreis Alytus. Schreiben des kommissarischen Gebietsrates Kostas Kalendra an GBK Wilna-Land v. 13.8.1941, LCVA, R 643-3-4152, Bl. 130; Schreiben Kalendras v. 18.8.1941 nach Antwort des Gebietskommissars v. 16.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 1 (im Bestand zur Stadt Vilnius R 691-1-20, Bl. 71 auf den 17.8.1941 datiert); Anweisung Kreischef Alytus v. 22.8.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 22.

Ghettogelände sei zu suchen sowie ein Beauftragter für die 'Judenfrage' einzusetzen und bis zum 5. September 1941 zu melden.²⁶ Kurz darauf erging die Anweisung des Gebietskommissariats an die Kreischefs und Bürgermeister zur raschen Erfassung und Bewachung sämtlichen jüdischen Besitzes, der komplett an den Staat falle.²⁷

Nach deutschen Quellen fanden in Alytus zwei grosse Massenerschiessungen statt, denen 2.229 Juden zum Opfer fielen. Am 13. August 1941 wurden 617 jüdische Männer und 100 jüdische Frauen erschossen, am 9. September 1941 ermordeten deutsche und litauische Einheiten 352 jüdische Kinder, 640 jüdische Frauen und weitere 287 jüdische Männer. In der Zeitspanne vom 13. August bis Ende August waren zudem 233 jüdische Männer in Alytus und Umgebung ausschließlich durch litauische Einheiten umgebracht worden.²⁸ Die ausserordentliche staatliche sowjetische Kommission hielt nach dem Krieg aufgrund von zwölf Zeugenaussagen zwei weitere Morddaten für Juden in Alytus fest, die von ausserhalb zur Mordstätte gebracht worden waren: den 20. August mit 130 Opfern, darunter 15 Frauen und den 12./13. September mit 600 Opfern.²⁹

Zum Ablauf der Morde liegen weitere Aussagen von Beteiligten vor, unter anderen vom Chef der litauischen Kriminalpolizei Alfonsas Nykštaitis und von einem der Partisanenführer, Jonas Borevičius.³⁰ Aus den Aussagen ergibt sich folgendes Bild: Der Leiter des mobilen Mordkommandos des deutschen Kommandeurs der Sicherheitspolizei (KdS) aus Kaunas, SS-Hauptsturmführer Joachim Hamann, - daher Hamann-Kommando genannt - ordnete vor Ort die Konzentrierung der Juden des ganzen Kreises an. Sowjetische Kriegsgefangene mussten Gruben graben. Die Erschiessungen wurden durchgeführt vom Hamann-Kommando, gemeinsam mit der litauischen Sicherheitspolizei in Alytus unter Zenkevičius und der Beteiligung von 20 Partisanen, was deren Führer Borevičius in eigenen Aussagen bestätigte. Das nächste Mal brachte Hamann einen litauischen Zug seines Kommandos unter Führung des Luftwaffenleutnants Bronius Norkus, der dann für die Ermordung der Juden im gesamten Kreis verantwortlich war - so die Äusserung Hamanns gegenüber

²⁶ Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 23.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 4.

²⁷ Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 28.8.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 9.

²⁸ Vgl. Gesamtaufstellung der im Bereiche des E.K.3 bis jetzt durchgeführten Exekutionen v. 10.9.1941, Bundesarchiv (BA), R 70 Sowjetunion 15, Bl. 78 f.; Gesamtaufstellung der im Bereiche des E.K.3 bis jetzt durchgeführten Exekutionen v. 1.12.1941, ebd., Bl. 81-84.

²⁹ Vgl. Akt v. 28.8.1944, GARF, 7021-94-3, Bl. 39.

³⁰ Vernehmungen Nykštaitis v. 29./30.6.1960, Masinës žudynės, Bd. 2, S. 70-73; Vernehmungen Borevičius v. 4.7.1960 und 21.4.1961, ebd., S. 67-70; vgl. die Darstellung zu Verbrechen gegen Juden in Vabalas, Krauja, S. 3-13; Anklageschrift gegen Mitglieder des 1. Schutzmannschaftsbataillons, Kaltina nužudytieji, Vilnius 1963, S. 19.

Zenkevičius. Der örtlichen Polizei kam die Aufgabe zu, die Juden zu zernieren, ihren Besitz zu rauben und die Wertsachen an Norkus zu übergeben. Bei den grossen Erschiessungen im Wald Vidziris waren jeweils vier deutsche Unteroffiziere aus Kaunas mit dabei und ermordeten mit litauischen Truppen unter Führung von Norkus oder dem Leutnant der Luftwaffe Juozas Obelenis die jüdischen Männer, Frauen und Kinder. In einer Aufstellung von Mitte September 1941 über die Einwohnerzahl von Alytus und -Kreis gab es unter den 123.560 Personen keine Juden mehr.³¹

Der Gebietskommissar liess dann über die verantwortlichen Kreischefs den Verkauf der jüdischen Häuser - auch durch Ratenzahlungen - zu, stellte den übrigen zu registrierenden Besitz einschließlich sämtlicher Kulturgüter unter Bewachung, eine Anordnung, die offensichtlich mehrmals notwendig erschien.³²

Kreischef Maliauskas schickte am 11. Dezember 1941 eine Aufstellung mit den "Kosten" der Ermordung der Juden an das GBK Wilna-Land - 1.782, 55 RM.³³ Dieser Betrag für die Errichtung des Ghettos, die Miete der Gebäude und die Verpflegung der Bewachungs- und Erschiessungskommandos wurde aus dem geraubten jüdischen Vermögen erstattet.

Hilfe für die verfolgten Juden hat es sehr wenig gegeben. Zwei jüdische Mädchen, Belkin und Chayah Kaplan, überlebten, weil sie von zwei Litauern versteckt und versorgt wurden. Eine weitere Litauerin wurde wegen ihrer tätigen Hilfe für Juden eingesperrt, und ein litauischer Bauer, der Juden geholfen hatte, hielt die Folter im Gefängnis nicht aus und wurde verrückt.³⁴

Aus dem Kreis Alytus liegen Dokumente vor, die belegen, dass ein Priester öffentlich für die Juden eingetreten ist. In Varëna hielt Priester Gylys am 14. September 1941 eine Predigt, in der er litauische Beamte als "Henker" bezeichnete. Laut Polizeibericht sagte er: "Unschuldige Menschen wurden von uniformierten Litauern geschlagen, alte Leute und schwangere Frauen wurden herumgestossen und der Wald von Varëna war mit unschuldig vergossenem Blut bedeckt. Sie litten sehr unter den Schurken. Noch bevor das Blut getrocknet war, wurde ihr Eigentum geplündert." Im Polizeibericht hiess es weiter, es sei klar gewesen, dass Gylys über die Erschiessung der Juden von Varëna am

³¹ Aufstellung v. 15.9.1941 zur Nationalität der Einwohner von Alytus und Alytus-Kreis, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 313.

³² Vgl. zwei Schreiben GBK Wulff an Kalendra v. 2. und 21.10.1941, LCVA, R 685-5-4, Bl. 14 f. und ebd., R 1548-1-1, Bl. 784-784R.

³³ Vgl. Schreiben Kreischef Alytus an GBK Wilna-Land v. 11.12.1941, LCVA, R 1436-1-29, Bl. 348. GBK Wilna-Land an Kalendra v. 14.11.1941 und Schreiben Kalendra an Kreischef Alytus v. 18.11.1941, ebd., Bl. 351/353.

³⁴ Vgl. Levin, Pinkas, S. 140-143.

10. September 1941 sprach. Gylys hatte sich am 9. September noch an den Polizeipunktführer gewandt, da er mit den eingesperrten Juden sprechen wollte. Obwohl es ihm verboten worden war, ging er zur Synagoge gegangen und sprach zu ihnen, sie sollten tapfer sein und sich doch in ihren letzten Stunden zu Christus bekehren. Dann musste er die Synagoge verlassen.³⁵

Auch in Alytus wurde im Sommer 1941 seitens der Litauer versucht, an die Strukturen des Sommers 1940 anzuknüpfen. Es gab darüberhinaus zunächst eine ganze Reihe von Sonderinstanzen zur Organisierung der Partisanengruppen. Wenige Wochen später kam es landesweit zur Einrichtung von reinen Mordkommandos unter deutscher Führung. Ein weiterer, wichtiger Unterschied zu den Organisationsformen vom Sommer 1940 bestand in der nun starken Präsenz von rechtsradikalen und antisemitischen Personen in Schlüsselstellungen der Verwaltung und des Exekutivapparates. Das Beispiel Alytus zeigt aber auch, dass zum Teil die für die Verbrechen entscheidenden Positionen nicht von Mitgliedern der rechtsradikalen LNP, sondern von Kreischef Maliauskas und dem Chef der litauischen Sicherheitspolizei Zenkevičius, eingenommen wurden.

Die Zurückdrängung zentraler politischer Vertretungen der Litauer durch die deutsche Zivilverwaltung Anfang August 1941 hatte in diesem Kreis dagegen keine allzu grosse Bedeutung.

In Alytus beruhte die Form der engen Kooperation mit der deutschen Besatzungsherrschaft wesentlich auf der Annahme, dass nur enge ideologische Nähe und bedingungslose Bereitschaft zur Zusammenarbeit einen Weg zur Wiedererrichtung des litauischen Staates ebnen würde. In den Ansprachen des Kreispolizeiführers Audronis vom Juli 1941 lässt sich die strikte rassistische Hierarchisierung unterschiedlicher Völker klar erkennen. Er kannte nur ein Ziel: die Juden möglichst schnell aus der litauischen Nation auszuschliessen. Nachdem der geforderte sofortige Mord nicht gestattet worden war, erließ die örtliche litauische Verwaltung in rascher Folge massive Einschränkungen allen jüdischen Lebens, die bis Ende Juli 1941 zur Ghettoisierung und völligen Ausraubung der Juden führten. Die sowjetische Politik der Sowjetisierung und Deportationen in den Jahren 1940/1941 macht zwar den antisowjetischen Hass plausibel, reicht aber nicht aus, um die sofortige Ermordung von Kommunisten und schon gar nicht, um die antijüdische Politik zu erklären. Dazu bedurfte es einer weiteren Senkung der Hemmschwellen zur Gewalt und zum Mord, die sich aus ideologischen Überzeugungen speiste.

³⁵ Polizeipunktführer Varėna an Kreispolizeichef Alytus v. 14.9.1941, LCVA, R 1476-1-30, Bl. 363, gedruckt in Masinès Žudynės, Bd. 2, S. 113 f.

Für die Vehemenz der antijüdischen Politik machte es keinen Unterschied, dass zum Zeitpunkt der Durchführung der grossen Massenmorde in Alytus auch der örtlichen Führung klar sein musste, dass die bereits installierte deutsche Zivilverwaltung einen unabhängigen staatlichen Weg erst einmal ausschloss. Diesem Fakt kommt hohe analytische Bedeutung zu, denn es handelt sich dabei um einen deutlichen Beleg für die genuin antisemitische Motivation der beteiligten Personen, die damit nicht nur als ein lediglich verschrobenes Mittel auf dem Weg zur Unabhängigkeit zu interpretieren ist. Diese Verfolgung bis hin zur Ermordung richtete sich eindeutig nicht gegen solche Juden, die vielleicht mit den Sowjets sympathisiert hatten, sondern gegen alle jüdischen Zivilisten, vor allem die noch lebenden Frauen, Kinder und alten Männer. Der Opferstatus war nun ganz offenbar nicht mehr an irgendwelche Handlungen gebunden, sondern richtete sich gegen bestimmte durch Herkunft definierte Personen in ihrer Gesamtheit. Der moderne rassistische Antisemitismus auf litauischer Seite gehört zu den Voraussetzungen, die die Verbrechen auf litauischem Territorium ermöglichten.

Das Beispiel Alytus macht auch klar, dass die entscheidende Initiative und Kontrolle des Prozesses bei den Deutschen lag. Aller antisemitischen Vehemenz und aller Gewaltbereitschaft auf Seiten litauischer Gruppen zum Trotz kontrollierten deutsche Verwaltung und Polizei den gesamten verbrecherischen Prozess. Sowohl das periodische Eingreifen der deutschen Ortskommandantur in der Zeit der Militärverwaltung, als auch die Federführung der deutschen Zivilverwaltung ab August 1941 sind dafür deutliche Indizien. Gänzlich klar wird das bei der Durchführung der Morde selbst, die von deutscher Sicherheitspolizei geleitet wurde. Die Verantwortung zumindest für die litauischen Führer in Alytus für die Zurverfügungstellung von Personal bleibt jedoch davon unberührt.

Die starke Involvierung der litauischen Gesellschaft auf mehreren Ebenen - der Politik, der Polizei und der Bevölkerung - ist in Alytus offensichtlich. Ebenso belegen die frühen Zeitpunkte einschneidender Entscheidungen wie zum Beispiel die rasche Ghettoisierung der örtlichen Juden, dass dort nicht unter Zwang gehandelt wurde, sondern relevante Minderheiten starke eigene, ideologisch gespeiste Interessen entwickelten und umsetzten.

Dieser erste grosse Massenmord in Alytus richtete sich gegen Einheimische, Bewohner desselben Städtchens. Täter und Opfer kannten sich. Die Zuschauer wussten genau, um wen es sich handelte, dem das Recht zu leben, entrissen wurde; wem die Häuser, Grundstücke, Möbel, Kleider und Geschäfte gehörten, die unter den litauischen Bewohnern des Städtchens nun neu verteilt wurden. Das unterscheidet diesen Massenmord von den zwei weiteren, den Opferzahlen nach noch grösseren Morden, die in Alytus geschahen.

Die Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Alytus.

Die deutsche Wehrmacht, die deutsche Polizei und die deutschen Wirtschaftsbehörden waren für den Tod von mindestens 170.000 sowjetischen Kriegsgefangenen in Litauen verantwortlich. Viele tausend wurden erschossen. Die meisten von ihnen starben einen elenden Tod durch Hunger, Krankheit und Kälte in den grossen Lagern in Kaunas, Šiauliai, Vilnius, Naujoji Vilnia, Bezdony, Virbalis und Kalvarija, drei Lagern im Memelgebiet und eben in Alytus.

Zuerst wurde in Alytus das Durchgangslager 133 eingerichtet, bevor es im September 1941 durch das aus Fürstenberg kommende Stammlager 343 abgelöst wurde. Das Lager bestand aus sechs Kasernen und hölzernen Pferdeställen, mit hohem Stacheldraht umzäunt, ausserhalb des Zaunes lagen zwei Kasernen für Wachen und Verwaltung.³⁶ Mit dem Lagerausbau war im August 1941 begonnen worden, nachdem die ersten Gefangenen dort eingetroffen waren.³⁷ Es gelangten im Herbst 1941 etwa 30.000 Kriegsgefangene in das Lager, obwohl es eigentlich nur für 6.000 Gefangene vorgesehen war.³⁸ Kommandanten waren Major Rosencrantz und von August bis Mitte Oktober 1942 Major Erich Klein. Als Bewachung fungierten die 3. Kompanie des Landeschützenbataillons (LSB) 530 und litauische Wachmannschaften; zum 1. Januar 1942 die 2. Kompanie des LSB 319.³⁹ Die ersten Litauer für die Verwaltung des Lagers wurden spätestens am 22. August 1941 aus Vilnius dorthin abkommandiert.⁴⁰ Als Ende September 1941 die Ankunft von ca. 30.000 Kriegsgefangenen angekündigt wurde,

³⁶ Vgl. Aussage Wasilij Filonow v. 17.9.1975, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg (ZStL), VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89-94.

³⁷ Vgl. Bericht von Major Ivanov v. 1.9.1944 zum Todeslager Alytus, GARF 7021-94-3, Bl. 9-11. Auf dem Material der außerordentlichen Kommission beruht auch der Abschnitt in Vanabas, Kraujà, S. 13-16.

³⁸ Vgl. Aussage Kurt Bauer v. 8.7.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 80; Aussage Alfred Grunow v. 11.10.1973, ebd., Bd. 1, Bl. 58. Unter den Gefangenen waren 4.000, die bei Borissow in Gefangenschaft gekommen waren. Vgl. Besprechung Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant Weißbrußland, Oberst Marschall, mit dem Verbindungsoffizier des Kommandeurs der Kriegsgefangenen beim Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Hauptmann Feucht, am 26.10.1941, Bundesarchiv Militärarchiv (BA-MA), RH 22/251.

³⁹ Vgl. Einstellungsverfügung ZStL Dortmund v. 26.9.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89 f.; Karte Kriegsgefangenenorganisation des Oberkommandos der Wehrmacht v. 1.1.1942, BA-MA, RW 6/249.

⁴⁰ Vgl. Befehl Nr. 6 des Ordnungsdienstes in Vilnius v. 22.8.1941, LCVA, R 660-2-3, Bl. 17.

kamen Mitte Oktober 1941 102 Polizisten vom 5. litauischen Hilfspolizei-Bataillon nach Alytus.⁴¹

Die Lebensverhältnisse im Kriegsgefangenenlager Alytus waren furchtbar, wie Überlebende und Personal der Lagerverwaltung übereinstimmend aussagten. Es gab keine Heizung, kaum Betten, keine Kleidung oder Schuhe, kaum ärztliche und medizinische Versorgung. Die Gefangenen schliefen auf dem nackten Boden bei bis zu 25 Grad Minustemperaturen, Läuse waren überall. Viele kamen schon völlig entkräftet an, diejenigen, die erschöpft aus den Waggons fielen, wurden sofort erschossen.⁴² Im Lager war Wasser kaum vorhanden, die Unterbringung war völlig unzureichend, Krankheiten wie Fleckfieber, Ruhr und Typhus wüteten, Hunger wurde als Mordwaffe eingesetzt. "Praktisch wurden sie durch Hunger vernichtet, da man ihnen fast nichts zu essen gab".⁴³ Sechs Gefangene mussten sich ein Brot teilen, etwa 150 Gramm pro Person, dazu eine "Gemüsesuppe" mit verfaultem Gemüse. Im Winter 1941/42 gab es aufgrund des Hungers, der Krankheiten und der Kälte mehrere hundert Opfer am Tag. "Die Gefangenen wurden einfach in das Lager gepfercht und sich selbst überlassen."⁴⁴ Beerdigungskommandos begruben die Opfer in Massengräbern.⁴⁵

Drastische Strafen wurden exekutiert, es sollen Gefangene dafür erschossen worden sein, dass sie in Müllabfällen nach Eßbarem suchten, dass ein Spatz gegessen wurde - für Vorfälle von Kannibalismus drohte in allen Lagern die Todesstrafe.⁴⁶ Politische Kommissare und Juden wurden herausgesucht und erschossen.⁴⁷ Bis zum Beginn des

⁴¹ Zur Belegung des Stammlagers (Stalag) 343 mit 30.000 Kriegsgefangenen vgl. Schreiben Feldkommandant (FK) Vilnius, Oberstleutnant Max Zehnpfennig, an SS- und Polizeistandortführer, SS-Obersturmbannführer Paul Krieg, v. 1.10.1941, LCVA, R 659-1-2, Bl. 30; zur Abkommandierung des 5. Hilfspolizei- Bataillons vgl. LCVA, R 1444-1-3, Bl. 297. Die Abstellung von weiteren 180 litauischen Polizisten verweigerte Krieg am 20.10.1941, nachdem Hauptmann Everth, der stellvertretende Lagerkommandant, am 14.10.1941 angefragt hatte, vgl. LCVA, R 659-1-2, Bl. 82 f.

⁴² Vgl. Aussage Wasilij Filonow v. 17.9.1975, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 89-94.

⁴³ Aussage Kostas Tamosinas, Dolmetscher des Abwehroffiziers v. 18.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 20-22.

⁴⁴ Aussage Otto Friedrich v. 27.3.1973, ebd., Sondermappe. Friedrich war bis Dezember 1941 Schreiber im Landeschützenbataillon 530. Er meinte, es habe im Herbst 1941 etwa 60-80 Opfer pro Tag gegeben, im Winter bis zu 300 Tote pro Tag.

⁴⁵ Vgl. Aussage Jonas Scharokwasas v. 19.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 23-25. Er war als Zivilarbeiter bis Frühjahr 1942 in einem Beerdigungskommando.

⁴⁶ Vgl. ebd. und Aussagen Fedor Kononenko v. 19.9.1975, Jonas Jazavičius v. 19.9.1975, ebd., Bd. 1, Bl. 26-30.

⁴⁷ Vgl. Aussage Otto Friedrich v. 27.3.1973, ebd., Sondermappe; Aussage Bruno Doebel v. 9.12.1970, ebd., Bd. 1, Bl. 13.

Tauwetters im Frühjahr 1942 war das Lager wegen Fleckfiebers abgeriegelt.⁴⁸ Zuverlässige Zahlen über die im Lager vorhandenen Gefangenen von Februar bis Oktober 1942 liegen von deutscher Seite vor⁴⁹:

1.2.1942	8.867	(1.407)
1.4.1942	7.565	(1.793)
1.5.1942	8.380	(5.011)
1.6.1942	8.484	(4.756)
1.8.1942	5.051	(4.217)
1.9.1942	4.622	(2.226)
1.10.1942	3.624	(1.422)

Bis April 1942 fällt die geringe Zahl an arbeitenden Gefangenen auf - knapp 16 Prozent im Februar, knapp 24 Prozent im April 1942 - ein Hinweis auf den schlechten Zustand der übrigen. 1942 wurden die Rotarmisten insgesamt aber besser versorgt, da sie als Arbeitskräfte nötig erschienen. Die Abnahme der Gefangenenzahl ab August 1942 hängt mit der Deportation Gefangener ins Reich zusammen. Im November 1942 wurde das Stalag 343 aufgelöst und das Lagergelände als "Reservelager Alytus, Stalag 336" bereitgehalten.⁵⁰ Es blieben allerdings arbeitende Kriegsgefangene in kleinen Gruppen - mit einigen Unterbrechungen - bei Arbeitskommandos in der Region bis zum Frühjahr 1944.⁵¹

Es gibt nur wenige zeitgenössische Dokumente zum Stalag 343, was die Schätzung der Opferzahlen erschwert. Eine gesicherte Zahl ist für Oktober 1941 überliefert: Es waren fast 28.000 Gefangene im Lager.⁵² Im Laufe des Oktober 1941 starben 1.000 Gefangene innerhalb von 20 Tagen den "Hungertod", das heisst im Durchschnitt 50 Tote pro Tag.⁵³ Die sowjetische außerordentliche Kommission fand nach dem Krieg in 136 Gräbern etwa 16.150 Leichen und schätzte die Gesamtzahl der Opfer auf 30.000 bis

⁴⁸ Vgl. Rundschreiben des Kreisarztes J. Kilis v. 10.12.1941, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 152; Aussage Bruno Doebel v. 9.12.1970, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 13.

⁴⁹ BA-MA, RW 6/v. 450. In Klammern sind die Zahlen der zur Arbeit Eingesetzten angegeben.

⁵⁰ Kdr.d.Kriegsgef. b. WBO an Kriegsgef.Bez.Kdt. v. 6.10.1942, ZStL, 319 AR-Z 162/69, Bl. 26.

⁵¹ Vgl. Schreiben Kreispolizeichef Alytus an Kreischef Pečulis v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 97; Schreiben Kommandantur Durchgangslager 376 an Kreischef Alytus v. 9.3.1944, ebd., R 1436-1-180, Bl. 31.

⁵² Notiz aus Tätigkeitsbericht, Stalag 343, Ic, v. 1.11.1941, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bd. 1, Bl. 82.

⁵³ Auszug aus Brief des Ic, Stalag 343, an seinen Bruder v. 24.10.1941, ZStL, VI 319 AR-Z 28/71, Bl. 82.

40.000.⁵⁴ Der ehemalige Kriegsgefangene Aleksandr Klimkovič - er war im Lager vom 28. Oktober 1941 bis zum August 1942 - nannte abweichende Zahlen: Im Zeitraum August 1941 bis Februar 1942 seien vor allem an Hunger 14.500 Gefangene gestorben, an Seuchen 2.000 Gefangene, durch Erschießungen etwa 500 und im Zeitraum Februar 1942 bis August 1942 aus verschiedenen Gründen 1.000. Im nördlichen Teil des Lagers waren ca. weitere 2.500 Personen begraben, so dass seiner Meinung nach bis August 1942 20.000 Gefangene gestorben seien.⁵⁵ Es ist plausibel, die Mindestzahl der Opfer bei 20.000 anzusetzen.

Man weiss sehr wenig über die Bereiche, in denen es in und um Alytus zu engerem Kontakt zwischen den Gefangenen und der litauischen Bevölkerung kam. Dazu zählen im wesentlichen drei Bereiche: litauische Wachmannschaften im Lager; das Verhalten der Bevölkerung gegenüber noch oder schon wieder flüchtigen Gefangenen, das sich offensichtlich zwischen Meldung an deutsche oder litauische Polizei einerseits und Hilfe für die Bedürftigen andererseits bewegte⁵⁶; und drittens die Verhältnisse an den Orten, an denen die Gefangenen zur Zwangsarbeit eingesetzt waren. Deutscherseits war jegliche Hilfe für Kriegsgefangene mit drastischen Strafen bedroht. Schon der Kontakt zwischen Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung wurde mit Arrest sanktioniert und bis hin zur Todesstrafe verboten.⁵⁷ Im Unterschied zur antijüdischen Politik scheinen litauische Instanzen nicht direkt und auf Dauer in die Politik gegenüber den Kriegsgefangenen involviert gewesen zu sein. Einen substantiellen Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber den Kriegsgefangenen hatten die Litauer daher nicht. Wie

⁵⁴ Akt v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 2 und Bl. 7 sowie Akt v. 18.8.1944 zur Öffnung der Graeber, ebd., Bl. 8. Die Einzelaufstellung zu den Gräbern v. 29.7.1944 findet sich auch in Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Vilnius, Handschriftenabteilung, F 159-33, Bl. 45. Entsprechend die Angabe zur Anzahl der ermordeten Kriegsgefangenen in Masinès Žudynės, Bd. 2, S. 389: 35.000 Opfer für den Zeitraum Juli 1941 bis April 1943.

⁵⁵ Vgl. Bericht Klimkovič v. 28.8.1944, Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Vilnius, Handschriftenabteilung, F 159-33, Bl. 17.

⁵⁶ Vgl. die Verhaftung eines Litauers durch litauische Sicherheitspolizei Ende März 1942, weil er im Kreis Alytus einem flüchtigen sowjetischen Kriegsgefangenen geholfen hatte. LCVA, R 972-1-387, Bl. 22; Vgl. für weitere Beispiele im Kreis Alytus, Rakūnas, Kova, S. 125 f.

⁵⁷ Das Oberkommando der Wehrmacht hatte schon am 26.6.1941 den deutschen Instanzen befohlen, jeden Verkehr der Gefangenen mit Wachmannschaften oder Zivilbevölkerung zu unterbinden. Vgl. Befehl OKW v. 26.6.1941, BA-MA, WiID/72; Aufruf Reichskommissariat Ostland v. 15.11.1941 zur Denunziation von Kriegsgefangenen, O. Kaplanas (Hg.), Gitlerovskaja okupacija v Litve, Vilnius 1966, S. 143; Punkt 9 der Anweisung zur Begleitung von Arbeitskommandos der Kriegsgefangenen v. 1.3.1943, vgl. GARF, 7021-94-2, Bl. 221.

das Verhalten in den Bereichen, in denen es zu Kontakten kam, aussah, muss erst noch erforscht werden. Ähnliches gilt auch für den dritten Massenmord, der an den sowjetischen Zwangsevakuiereten begangen wurde.

Die Ermordung der sowjetischen Zwangsevakuiereten in Alytus

In das Ende 1942 aufgelöste Kriegsgefangenenlager in Alytus wurden im Frühjahr 1943 erneut Insassen eingesperrt - diesmal sowjetische Zivilisten, die aus weiter östlich gelegenen frontnahen Gebieten vom deutschen Heer zwangsevakuieret worden waren. Die ersten Transporte trafen Anfang Mai 1943 aus der Gegend um Orel, Wjasma und Kliman ein und am 5. Mai 1943 befanden sich fast 6.000 Zivilisten im Lager in Alytus.⁵⁸

Die Heeresgruppe Mitte hatte über einen Monat vorher, am 29. März 1943, dem Reichskommissariat Ostland (RKO) mitgeteilt, dass mindestens 60.000 Evakuierete aufzunehmen seien. Der Wehrmachtbefehlshaber schlug im Laufe des April mehrmals vor, diese Menschen alle in Südweissrussland dem Hungertod auszuliefern, aber die Zivilverwaltung optierte aus politisch-propagandistischen Gründen dagegen, die Zivilisten durch "einfache Aussetzung" "verkommen zu lassen" und versuchte nun, sie in den zivilverwalteten Gebieten unterzubringen.⁵⁹

Es blieb allerdings nicht bei einer einmaligen Evakuierung, sondern im Laufe der Jahre 1943/1944 kam es zu mehreren Wellen. Seit Herbst 1943 wurden die deutschen ARLZ-Maßnahmen (Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung) planmässig und systematisch so durchgeführt, daß die Bevölkerung großer Gebiete hinter der Front abtransportiert wurde.⁶⁰ Im einzelnen wurden aus dem Raum Rshew-Wjasma 130.000

⁵⁸ Bericht Lagerkommandant in Alytus, Jacob, v. 13.6.1943, Latvijas Valsts Vēstures Arhivs (LVVA) , P 70-5-72, Bl. 290-314.

⁵⁹ Aktenvermerk RKO (Abt. II Dr. v. Lilienfeld) v. 16.4.1943 zu Besprechung am 12.4.1943 (Zitat), BA, R 90/356 (unpaginiert); vgl. Vermerk RKO (Abt. II Gentz), v. 10.4.1943, Sonderarchiv Moskau, 1358-4-17, Bl. 52 f.

⁶⁰ Vgl. die Anordnungen des Wirtschaftsstabes Ost (WiStab Ost): Das Merkblatt über Räumungs-, Lähmungs- u. Zerstörungsaufgaben für Wirtschaftsdienststellen v. 21.2.1943, das am 5.8.1943 durch eine Räumungsordnung ersetzt wurde. Vom 12.9.1943 stammten Durchführungsbestimmungen des WiStab Ost zu einem Erlaß Görings v. 7.9.1943 über Auflockerung und Maßnahmen zur Räumung und Zerstörung. Alle abgedruckt im Dokumentenanhang von Rolf-Dieter Müller, (Hg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein, S. 553-580.

Menschen evakuiert, aus dem Orelbogen von Mitte Juli bis Mitte August 1943 220.500 und bei der sich überraschend schnell anschliessenden Räumung des sogenannten Panther-Walles bis zur Dnjepr-Düna-Linie 535.000 Menschen. Darunter befanden sich diejenigen Menschen aus Ordshonikidsegrad, Potschep und Brjansk, die vor allem nach Alytus gebracht wurden. Die Evakuierten der Monate Januar bis Mai 1944 sind nicht zentral festgehalten worden, und ihre Zahl ist unbekannt. Es handelte sich allein aus dem Gebiet der Heeresgruppe Nord um fast 240.000 Personen im ersten Vierteljahr 1944. Von ihnen verblieben 133.494 Personen im Reichskommissariat Ostland.⁶¹ Ziel dieser Politik war es, der Roten Armee möglichst vollständig zerstörte Gebiete zu überlassen, alles irgendwie noch Nutzbares zu rauben, gleichzeitig der Sowjetunion "die wehr- und arbeitsfähige Bevölkerung" zu entziehen und sie stattdessen für eigene Zwecke einzusetzen.⁶² Im gesamten Frontbereich betraf dies bis Ende 1943 über 1.6 Millionen Menschen, von denen 1.141.000 erfasst wurden, darunter 541.000 aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte und 225.394 von Heeresgruppe Nord.⁶³

Im RKO wurde im Juli 1943 klar, daß Zivilisten aus den Gebieten der Heeresgruppe Mitte und Nord aufgenommen werden sollten. Das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) teilte mit, dass mit 250.000 Personen zu rechnen sei, von denen etwa 150.000 im Gebiet des RKO verbleiben sollten, da sie nur sehr eingeschränkt in der Lage seien, zu arbeiten.⁶⁴

Ende Juli 1943 befanden sich in Alytus noch 2.250 Flüchtlinge, da über 2.700 Menschen im Laufe des Juli nach Lettland zur Arbeit in der dortigen Landwirtschaft gebracht und 1.042 Personen ins deutsche Reich zur Zwangsarbeit deportiert worden waren. Als "äusserste Grenze" der Belegungsfähigkeit des Lagers wurde die Zahl von 8.000 angegeben.⁶⁵ Aber bis zum 23. August trafen in zwölf Transporten 14.820 Zwangsevakuierete ein.⁶⁶ Da einige Transporte aus Alytus ins Reich gegangen waren, befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 14.000 Personen im Lager. Als innerhalb weniger Tage zwei weitere Transporte mit insgesamt 548 Personen eintrafen, meldete das Generalkommissariat Litauen (GK) ans RKO, dass Alytus nun "restlos überfüllt"

⁶¹ Vgl. Gerlach, Morde, S. 500. Abschlußbericht WiStab Ost, S. 332 und 378.

⁶² Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost, S. 327.

⁶³ Ebd., S. 329.

⁶⁴ Fernschreiben Chef OKW an Reichsführer SS, Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und Ostministerium v. 23.7.1943, Nürnberger Dokument NO 2860.

⁶⁵ Fernschreiben Generalkommissar (GK) Litauen an RKO v. 29.7.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 14; RKO, Abt. Gesundheit, Bericht v. 23.6.43 über Alytus, BA, R 90/352 unpaginiert; Bericht Lagerkommandant in Alytus, Jacob, v. 26.7.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 341-345.

⁶⁶ Vgl. Verzeichnis der bis 23.8.1943 gemeldeten Flüchtlingstransporte, LVVA, P 70-5-72, Bl. 431.

sei.⁶⁷ Die Zustände im Lager waren barbarisch. Es gab viel zu wenig Lebensmittel, keine medizinische Hilfe für die vielen Kranken, ein Teil der Insassen musste extrem hart arbeiten.⁶⁸ Nicht einmal genügend Trinkwasser war vorhanden, da das Wasser zum Trinken nicht mehr geeignet war wegen der "äußerst zahlreichen in der Nähe des Lagers begrabenen Gefangenen - respektive Judenleichen - [...]" (Zirka 20 000).⁶⁹

Auf dem Bahnhof von Alytus standen Ende August 1943 sechs Eisenbahnzüge mit hineingepferchten zwangsevakuerten Frauen und Kindern, die einfach nicht entladen wurden. Darunter befanden sich zwei Transporte, die ins Reich fahren sollten, aber von Bialystok mit über 4.500 Menschen schlicht wieder nach Alytus zurückgeschickt worden, denn man könne dort mit dem "Gesindel" nichts anfangen.⁷⁰ Diese Situation wurde selbst in Berichten der deutschen Sicherheitspolizei als katastrophal beschrieben: Transporte mit Familien blieben "oft tagelang, ohne mit dem nötigen Essen versorgt zu werden, auf den Bahnhöfen liegen."⁷¹

Insgesamt befanden sich in Litauen Mitte September 1943 20.500 Flüchtlinge.⁷² Im Laufe der zweiten Septemberhälfte müssen noch fast 5.000 dazu gekommen sein, denn der KdS Litauen ging in seinem Monatsbericht von 25.420 Flüchtlingen aus den Frontgebieten aus, 70 Prozent davon Frauen und Kinder, die meisten davon im Lager in Alytus.⁷³ Zum 7. September 1943 waren dort etwa 15.000 Personen, zum 8. September etwa 18.400. Einen Transport mit 1.570 Personen schickte man ins Reich, so dass zum 12. September 1943 etwa 16.830 und zum 20. September noch 16.562 Zwangsevakuerte in Alytus waren.⁷⁴

Es sei daran erinnert, dass als "äusserste Grenze" der Aufnahmefähigkeit des Lagers die Zahl von 8.000 Personen angegeben worden war. Es trafen jedoch insgesamt bis zum

⁶⁷ Vermerke RKO (Gentz) v. 24. und 28.8.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 95 f., Bl. 104.

⁶⁸ Vgl. Wiedergabe von Zeugenaussagen im Akt zum Lager in Alytus v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 1-5.

⁶⁹ Reisebericht RKO (Abt. Gesundheit) v. 23.6.1943 zum 7.-11.6.1943, BA, R 90/352 (unpaginiert).

⁷⁰ Schreiben GK Litauen an RKO v. 1.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 130-130R; Vgl. Vermerke RKO, (Gentz), v. 27. und 28.8.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 101.

⁷¹ Kommandeur der Sicherheitspolizei (KdS) Litauen Lagebericht August 1943, LCVA, R 1399-1-61, Bl. 165.

⁷² Vgl. Vermerk RKO (Gentz) v. 16.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 207-209.

⁷³ Vgl. KdS Litauen Lagebericht für September 43, LCVA, R 1399-1-62, Bl. 46.

⁷⁴ Schreiben GK Litauen an RKO v. 7.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 175; Fernschreiben GK Litauen an RKO v. 13.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 193; vgl. RKO, Abt. Arbeit und Soziales (ASo), Zahlen v. 15.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 365; vgl. RKO, Abt. ASo, Zahlen v. 20.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 371.

21. September 1943 in Alytus 16 Transporte mit 20.791 Personen ein.⁷⁵ Von ihnen wurden nur 3.612 ins Reich deportiert und 259 in Litauen selbst eingesetzt.⁷⁶ Die übrigen galten entweder als weder im Reich noch im RKO zur Arbeit einsetzbar oder sollten in Quarantäne gehalten werden. Schon bei den Transporten herrschte ein derartiges Chaos, dass zum Beispiel in der Nacht vom 13. auf den 14. September 1943 ein Transport in Alytus mit 1.483 Personen auftauchte, bei dem es weder eine Bewachungsmannschaft noch Papiere gab.⁷⁷

Zum 1. Oktober 1943 sah die Situation so aus, dass in ganz Litauen sich 23.918 Flüchtlinge befanden, davon 5.203 auf dem Land verteilt und 18.761 in Lagern: 11.716 in Alytus, 3.472 in Šiauliai und 4.113 in Kaunas.⁷⁸ Zwischen dem 13. Oktober und 23. November trafen weitere 1.631 Personen in Litauen ein.⁷⁹

Hatte schon die Anzahl von 20.-25.000 Flüchtlingen zwischen August und November 1943 zu extrem schlechten Lebensbedingungen für diese Menschen geführt, verschlimmerte sich ihre Lage im Lauf der Wintermonate noch einmal in extremer Weise. Leider liegen bis jetzt für Alytus für diesen Zeitraum keine genauen Zahlen und nur wenige Dokumente vor. Das Material reicht jedoch aus, um die Entwicklung zu skizzieren.

Ende Oktober 1943 ordnete der Gebietskommissar Kauen-Land an, dass die litauischen Amtsbezirke die Evakuierten aufnehmen müssten und die Bauern verpflichtet seien, sie angemessen zu verpflegen. Die Kosten würden ihnen erstattet. Die Flüchtlinge mussten - laut Befehl des BdO Ostland - registriert werden.⁸⁰ Sie ersetzten teilweise im Kreis Alytus im Oktober 1943 abgezogene Kriegsgefangene als Arbeitskräfte.⁸¹ Im Januar

⁷⁵ Schreiben RKO an Heeresgruppe (HGr.) Mitte v. 15.9.1943 mit Nachtrag, LVVA, P 70-5-72, Bl. 357a.

⁷⁶ Vgl. RKO, Abt. ASo, Zahlen v. 20.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 371.

⁷⁷ Vgl. Vermerk RKO (Gentz) v. 14.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 477.

⁷⁸ Vermerk RKO v. 1.10.1943 (Zahlen der Abt. ASo), LVVA, P 70-5-72, Bl. 372.

⁷⁹ Vgl. Aufstellung RKO mit Zahlen 13.10.-23.11.1943, BA, R 90/356.

⁸⁰ GBK Kauen-Land Bekanntmachung v. 29.10.1943, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 132. Der Kreischef Pečiulis von Alytus erliess eine entsprechende Bekanntmachung Nr. 12 am 4.12.1943, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 175. Bezug auf Befehl Befehlshaber der Ordnungspolizei Ostland v. 21.10.1943 und entsprechende Weisung des Generalrat für Inneres v. 26.10.1943 in Bekanntmachung Nr. 13 v. 4.12.1943 des Kreischefs Alytus, LCVA, R 1436-1-38, Bl. 180.

⁸¹ Vgl. Schreiben Kreispolizeichef Alytus an Kreischef Alytus v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 97.

1944 gab es im Kreis Alytus 3.712 registrierte Zwangsevakuierete.⁸² Anfang April 1944 sollten 2.000 weitere Personen im Kreis verteilt werden, da am 6. April "größere Transporte von Flüchtlingen eintreffen."⁸³

Wie prekär die Lage war, wird indirekt deutlich in einer Bekanntmachung des Kreischefs von Alytus vom 22. November 1943. Er untersagte jeglichen nicht ausdrücklich genehmigten Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Zwangsevakuiereten, da Typhusgefahr bestehe und sich schon Einheimische angesteckt hätten. Es wurde nicht nur verboten, sie ohne Genehmigung arbeiten zu lassen, sondern auch, sie nur kurz ins Haus zu lassen, mit ihnen Lebensmittel und anderes zu handeln, irgendetwas zu verschenken oder anzunehmen.⁸⁴

Im Laufe des Dezember 1943 und Januar 1944 schnellte die Zahl der Evakuiereten im RKO enorm nach oben. Waren es bis dahin zwischen 60.000 und 70.000 Zwangsevakuierete im RKO und knapp 25.000 in Litauen, sollte sich bis Ende Februar 1944 die Anzahl der nach Litauen Deportierten verachtfachen! Zum 1. Februar waren es 175.000 bis 180.000, im RKO insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 225.423 Zwangsevakuierete. Bis zum 22. Februar wuchs die Zahl im RKO auf 262.673 Menschen, ein Zuwachs innerhalb von drei Wochen um 37.250. Allein in Litauen stieg somit die Zahl von 25.000 im November 1943 bis Ende Februar auf 203.000 Zwangsevakuierete: 125.000 aus dem Gebiet der Heeresgruppe Nord, 40.000 aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte und 38.000 aus dem Gebiet Orel. Darüberhinaus wurde Reichskommissar Lohse und dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO) mitgeteilt, es seien weitere 78.000 Evakuierete aus Abschnitten des sogenannten Panther-Walls - an der Front 20 km östlich von Dnjepr und westlicher Düna - auf dem Weg. Und zusätzlich nahm die Heeresgruppe Mitte die Gebiete um Vilnius sowie die Kreise Alytus und Lazdija als Raum "für Evakuierete in unbekannter Zahl in Anspruch".⁸⁵ RKO-Hauptabteilungsleiter Wilhelm Burmeister berichtete weiter, das Generalkommissariat Litauen habe "sich gezwungen gesehen, Transporte nichtreichseinsatzfähiger Familien ins Wilnaer Bandengebiet zu leiten und hier ohne

⁸² Vgl. Meldung Kreischef Alytus an Generalrat für Landwirtschaft v. 21.1.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 60.

⁸³ Vgl. Schreiben Kreischef Alytus an Lagerkommandant Alytus und Kreislandwirtschaftsführer Alytus v. 1.4.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 17. Vermerk Kreischef Alytus v. 31.3.1944, LCVA, R 1436-1-141, Bl. 23 (Zitat).

⁸⁴ Kreischef Alytus, Bekanntmachung Nr. 9 v. 22.11.1943, LCVA, R 1436-141, Bl. 123.

⁸⁵ Wehrwirtschaftsinspektion (WeWiIn) Ostland, Lageberichte Januar und Februar 1944, BA-MA, RW 30/14; Schreiben RKO, Burmeister, an Reichskommissar Lohse v. 29.2.1944, LVVA, P 70-5-72, Bl. 487 f.

Sorge für Unterkunft auszuladen". Was das bedeutete, lässt sich bisher nur aus der oben erwähnten, im April 1943 geführten Diskussion vermuten, ob man in Südweissrussland 60.000 Flüchtlinge durch "einfache Aussetzung" verkommen lasse und damit dem "sicheren Hungertod" ausliefere. Im GK Litauen wurde zumindest mit Absicht nichts für sie getan, sie wurden dem Tod durch Vernachlässigung preisgegeben.

Seitens des RKO sah man darin zwar die Sicherheitslage in diesem Gebiet weiter gefährdet, aber wenige Tage später teilte der Generalkommissar Litauen dem RKO mit, "er müsse weiterhin Evakuiertentransporte nach Abzug der Reichseinsatzfähigen ohne weitere Sorge um Unterkunft im östlichen Litauen irgendwo ausladen lassen", wenn das bisherige Verfahren der Arbeitskräftebeschaffung nicht geändert werde.⁸⁶

Mitte März 1944 ging das RKO davon aus, dass in Lettland etwa 140.000 Personen und in Litauen 210.000 Personen angekommen seien, von denen nur ungefähr 120.000 überhaupt registriert worden waren.⁸⁷

Was ist aus diesen Personen geworden? Die deutschen Arbeitsämter und Arbeitseinsatzstäbe des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) selektierten in grossem Massstab nach drei Kategorien: "reichseinsatzfähig", "ostlandeinsatzfähig" und "nicht-einsatzfähig". Nach Vorgaben des GBA galten Familien, in denen mehr als die Hälfte der Kinder normal entwickelt und älter als zehn Jahre waren, als reichseinsatzfähig. Dazu zählten noch alle Jugendlichen, die älter als 14 Jahre waren, alle Waisen zwischen 12 und 14 Jahren und Männer, deren Familien als nicht reichseinsatzfähig galten. Mit anderen Worten: durch die Selektionen wurden die Familien auseinander gerissen und Jugendliche ab 12 Jahren, beziehungsweise 14 Jahren zur Zwangsarbeit verschleppt.⁸⁸ Unter den vom Oktober 1943 bis März 1944 nach Litauen und Lettland verschleppten 275.000 Personen befanden sich allein 39 Prozent Kinder bis 10 Jahre (über 107.000) und 20 Prozent Kinder zwischen dem 10. und dem 16. Lebensjahr (50.000). Ein Viertel bestand aus Männern und Frauen zwischen 16 und 55 Jahren, 17 Prozent waren älter als 55 Jahre.⁸⁹ Dementsprechend wurde nur eine Minderheit von ihnen zur Zwangsarbeit ins Reich geschickt. Im Laufe der ersten drei Monate 1944 waren unter den aus Litauen insgesamt zur Zwangsarbeit

⁸⁶ Schreiben RKO, Burmeister, an Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO), Labs, v. 3.3.1944, LVVA, P 70-5-72, Bl. 485.

⁸⁷ Besprechungsvermerk v. 17.3.1944, RKO (Abt. Raum), BA, R 90/404.

⁸⁸ Schreiben RKO (Hauptabteilung (HA) Wirtschaft) an Generalkommissariate v. 3.3.1944, LVVA, P 70-5-67/2, Bl. 415-419.

⁸⁹ Vgl. Heeresgruppe Nord O.Qu./Eva, Abschlußbericht zur Evakuierung der Gebiete ostwärts Panther v. 13.3.1944, BA-MA, RH 19 III/660, Bl. 84-92R.

im Reich deportierten 19.672 Personen nur 15.554 Zwangsevakuierete.⁹⁰ Bis Ende Mai stieg die Zahl für das litauische Gebiet auf 45.510 Zwangsevakuierete, von 97.202 zur Zwangsarbeit Deportierten insgesamt.⁹¹

Nur knapp 22 Prozent wurden für das Reich als Arbeitskräfte eingesetzt, gut 78 Prozent mussten im RKO bleiben. Angesichts dieser Zahlen schlug die Heeresgruppe Nord vor, schon im Evakuierungsgebiet selbst mit "sachlicher Härte" zwischen drei Gruppen zu unterscheiden: "arbeitsstarken Familien", "arbeitschwachen Familien" und "reinen Konsumenten". Die Unterbringung der Gruppe der "reinen Konsumenten" verursache in den "Bergungsräumen" - also in Litauen und Lettland - folgende Probleme: "a) Verminderung der für die Versorgung der Wehrmacht erforderlichen Überschüsse des Gebietes b) Unterbringungsschwierigkeiten und schwerwiegende Verstimmung der ortsansässigen Bevölkerung c) Seuchengefahr d) Fürsorgelasten."⁹²

Wir finden in den Dokumenten somit bei mehreren deutschen Dienststellen das Kalkül, es handele sich bei einem Großteil der betroffenen Bevölkerungsgruppen um pure "Belastungen": Zuerst bei den Wehrmachtsbefehlshabern im April 1943, dann - wie gleich noch zu zeigen sein wird - im RKO Ende November/Anfang Dezember 1943, beim Generalkommissariat Litauen im Februar/März 1944 und bei den Evakuierungsstäben der Oberquartiermeisterabteilung der Heeresgruppe Nord im März 1944.

Teil dieses Kalküls waren immer wiederkehrende heftige Beschwerden verschiedener Dienststellen über die Schwierigkeit, die nichtarbeitenden Personen zu versorgen, wenn gleichzeitig die Lieferungen an die Wehrmacht aufrecht zu erhalten waren. Schon im Juli 1943 teilte die Abteilung Landwirtschaft des RKO mit, es gebe keine Vorräte an Brot und Kartoffeln, um die Deportierten zu versorgen. Man habe sowieso schon Schwierigkeiten, den Anschluss an die neue Ernte zu finden.⁹³ Ein Beamter des RKO notierte nach einer Besprechung im September 1943, dass sie zu sämtlichen Fragen der Fürsorge, des Wohnraums und der allgemeinen Unterbringung "vollkommen ergebnislos" verlaufen sei, innerhalb weniger Wochen werde ein Chaos entstehen.⁹⁴ Zu diesem Zeitpunkt befanden sich erst etwa 60.000 Zwangsevakuierete im Baltikum. Generalkommissar von Renteln in Litauen lehnte jegliche Verantwortung für die Folgen

⁹⁰ Vgl. RKO (HA Wirtschaft) Dreimonatsbericht v. 30.4.1944, BA-MA, RW 31/114, Bl. 18 f.

⁹¹ WeWiIn Ostland, Lagebericht Juni 1944, BA-MA, RW 30/14.

⁹² Vgl. Heeresgruppe Nord O.Qu./Eva, Abschlußbericht zur Evakuierung der Gebiete ostwärts Panther v. 13.3.1944, BA-MA, RH 19III/660, Bl. 87 f.

⁹³ Vermerk RKO, Abt. Finanzen, v. 28.7.1943 zur Besprechung am 27.7.1943, LVVA, P 70-5-86, Bl. 19.

⁹⁴ Vermerk RKO, Abt. II (Cartheuser), v. 10.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 176.

ab, die durch völlige Überfüllung und Versagen bei Verpflegung und Bewachung entstünden.⁹⁵ Ende September 1943 wandte sich das RKO an das Reichsernährungsministerium und rechnete vor, dass bei den erwarteten weiteren hohen Zahlen an Zwangsevakuerten von der Wehrmachtsumlage an Lebensmitteln bei Fleisch 40 Prozent, bei Brotgetreide 55 Prozent, bei Fett 24 Prozent, bei Kartoffeln sogar 70 Prozent verbraucht würden. Eine Kontrolle niedrigerer Rationen sei völlig ausgeschlossen.⁹⁶ Der einzige dokumentierte Vorschlag, diese Fragen nicht auf Kosten der Zwangsevakuerten zu lösen, der an die Landwirtschaftsabteilungen der Generalkommissariate ging, lautete, die Umlage bei Getreide um 20 Prozent zu erhöhen und den Schwarzmarkt für Fleisch völlig auszuschalten - beides völlig utopische Ideen.⁹⁷ Ende November erhielt der KdS Litauen Meldungen darüber, dass der "Nahrungsmangel [...] wieder zu Aufständen führen" werde.⁹⁸

Eigentlich waren die Fürsorgeabteilungen der deutschen Zivilverwaltung für die "nicht-einsatzfähigen" Zwangsevakuerten zuständig. Ende November 1943 wurde ein Vermerk des Leiters der Fürsorgeabteilung im RKO, Wilhelm Walter, an den Leiter der Ernährungsabteilung im RKO, Ernst Engel, zur Kenntnis gebracht. Darin hiess es, auf einer Besprechung mit Hugo Degenhard, dem Leiter der Fürsorgeabteilung im RMO, habe das GK Minsk mitgeteilt, es seien 400.000 Flüchtlinge auf dem Treck durch Weißrussland, die meisten davon auf dem Weg nach Litauen.⁹⁹ Das RMO habe daraufhin das vorgeschriebene Verfahren verlangt, nämlich die Zwangsevakuerten in Auffanglagern zu überprüfen und schnell in Arbeit zu vermitteln. Walter vom RKO teilte daraufhin Degenhard vom RMO mit, "in welcher Weise die Bearbeitung der gesamten Aktion im Ostland erfolgt. Diese Maßnahme der Auflockerung war dort nicht bekannt." Mir scheint, in dieser vermeintlich harmlosen Formulierung liegt das Eingeständnis verborgen, dass es gerade Praxis war, die Zwangsevakuerten sterben zu lassen. Denn "welche Weise" war sonst gemeint, wenn nicht das eigentlich vorgesehene Verfahren zum arbeitseinsatzmässigen Umgang mit den Zwangsevakuerten angewandt wurde? Das wird erhärtet durch eine weitere Bemerkung im selben Dokument: Zuerst habe es den Anschein gehabt, es handle sich vielleicht um Volksdeutsche. Dann hätte die Fürsorgeabteilung "von sich aus in erster Linie eingreifen müssen." Offensichtlich unternahm die eigentlich zuständige Abteilung aber nichts, denn es handelte sich nicht

⁹⁵ Fernschreiben GK Litauen an RKO persönlich v. 14.9.1943, LVVA, P 70-5-72, Bl. 205.

⁹⁶ Schreiben RKO an Reichsernährungsministerium v. 24.9.1943, BA-MA, RW 31/955, Bl. 2-4.

⁹⁷ RKO an Generalkommissare v. 29.9.1943, LVVA, P 69-1a-10, Bl. 46.

⁹⁸ Lagebericht Ansiedlungsstab v. 27.11.1943 an KdS Litauen, BA, R 49, Anhang X/65.

⁹⁹ Vermerk RKO, Abt. I Fürsorge, v. 30.11.1943, Abschrift für RKO, Abt. III Ernährung, LVVA, P 70-5-10, Bl. 216.

um Volksdeutsche, sondern 'nur' um sowjetische Zivilisten. Knapp zwei Wochen später notierte der Leiter der Ernährungsabteilung, Engel, handschriftlich unter diesem Vermerk, aufgrund einer Besprechung am 8. Dezember 1943 werde dem Oberkommando des Heeres mitgeteilt, es sei unmöglich, die Zwangsevakuierten aufzunehmen. "Ernährungsmäßig (die Verpflegung der Front würde gefährdet werden) und sicherheitsmäßig (SD.) muß von einer Aufnahme abgesehen werden. Es wurde vorgeschlagen, in diesem Falle die Flüchtlinge in W.[eiß]-Ruthenien zu belassen." Also exakt die Pläne, die im April 1943 vom Wehrmachtbefehlshaber zum Hungertod für 60.000 Personen in Weissruthenien vorgeschlagen und von der Zivilverwaltung abgelehnt worden waren, wurden nun von der Zivilverwaltung selbst für 400.000 Personen erneut in Vorschlag gebracht! Sie sollten in möglichst abgelegenen Gebieten umkommen.

Dem Vorschlag wurde nicht gefolgt, denn in den folgenden Monaten bis Ende Februar 1944 verachtfachte sich die Zahl der Zwangsevakuierten innerhalb Litauens. Wie oben schon angeführt, ist belegt, dass 45.510 Zwangsevakuierete aus Litauen ins Reich gebracht wurden und nach dem Krieg zwischen 1944 und 1946 nach sowjetischen Zahlen mindestens 68.600 der Zwangsevakuierten aus Litauen in ihre Heimat zurückkehrten.¹⁰⁰ Sie waren in ganz Litauen auf die Bauernhöfe und Staatsgüter verteilt worden. Es bleiben von den mindestens 210.000 nach Litauen Deportierten aber 95.890 Menschen übrig, deren Schicksal unklar ist.

Mir erscheint es nach den bis jetzt vorliegenden Dokumenten mehr als wahrscheinlich zu sein, dass zehntausende von ihnen - die den Deutschen "unnützig" erschienen - umkamen oder ermordet wurden. Die von der sowjetischen ausserordentlichen Kommission angegebene Zahl von 60.-70.000 umgebrachten Zwangsevakuierten im Wald Vidzgiris bei Alytus greift meines Erachtens zu hoch.¹⁰¹ Legt man den Erfahrungswert beim Umgang mit Zahlen in den Schlußberichten der Kommission zugrunde, dann müsste man die Zahl etwa halbieren, um sich einer realistischen Opferzahl zu nähern. Das bedeutet, in Alytus kamen vielleicht 30.-35.000 der Zwangsevakuierten um.

Diese Zahl hat spekulativen Charakter, es fehlt bisher an weiteren Dokumenten, um sie genau zu belegen. Die hier vorgetragenen Zusammenhänge und Zahlen weisen jedoch deutlich daraufhin, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit im Winter 1943/44 und

¹⁰⁰ De facto verliessen laut Nastazija Kairiūkštytė noch mehr Zwangsevakuierete Litauen, da Zahlen der Reevakuierten unter der Verantwortung der Roten Armee zum Teil fehlen. Vgl. Nastazija Kairiūkštytė, Vokiečių atvežti Rusai Lietuvoje II Pasaulinio Karo ir pirmasiais pokario metais. In: Lietuvos Istorijos metraštis, 1992, S. 145-159, hier S. 155.

¹⁰¹ Akt zum Lager in Alytus v. 20.8.1944, GARF 7021-94-3, Bl. 1-5.

Frühjahr 1944 zu einem bisher völlig unterschätzten Massenmord an den Zwangsevakuiererten kam.¹⁰²

Schluss

In den Massengräbern von Alytus sind über 50.000 Opfer verscharrt, wenn die in diesem Beitrag in aller Kürze dargelegten Überlegungen und Schätzungen in etwa richtig sind. Die deutsche Besatzungspolitik kostete hier über 2.500 kommunistische und jüdische Opfer, mindestens 20.000 sowjetische Kriegsgefangene und über 30.000 sowjetische Zwangsevakuiererte aus dem Orelbogen, Brjansk, Ordshonikidsegrad sowie dem Gebiet südlich von Leningrad. Die erste Opfergruppe setzte sich aus Einheimischen zusammen. Die grosse jüdische Minderheit des Ortes und des Kreises Alytus sowie viele Repräsentanten des verhassten sowjetischen Regimes wurden innerhalb weniger Monate gejagt und ermordet. In diese Morde war die nichtjüdische lokale Bevölkerung involviert, manche Gruppen unter ihnen sehr aktiv, andere verhielten sich neutral, profitierten aber vom Eigentum der Ermordeten. Diese Morde geschahen nicht inmitten eines grausamen Kriegsgeschehens, sondern waren systematischer Natur. Angebliche Feinde des litauischen Volkes sollten vernichtet werden, allen Juden wurde das Recht zu leben abgesprochen. Die deutsche und litauische Verwaltung grenzte die Juden aus, isolierte sie völlig, beraubte sie sämtlicher Habe und setzte sie der Verelendung aus. Den letzten Schritt vollzog dann die Polizei. Kinder, Frauen und Männer jeglichen Alters starben durch deutsche Anweisungen, die von deutschen und litauischen Polizei- und Partisaneneinheiten durchgeführt wurden. Verschwindend wenige stellten sich diesem Geschehen entgegen. Im Fall von Alytus sind rassistische, antisemitische Legitimationen seitens der lokalen litauischen Polizeiführung dokumentiert. Ein radikaler, völkisch verstandener Nationalismus bildete den Rahmen, in dem Antisemitismus und Antibolschewismus miteinander verschmolzen. Derart ideologisch aufgeladen, erschien es offensichtlich legitim, gegen die jüdischen Nachbarn brutal vorzugehen und sie schließlich zu ermorden. Warum eine entschlossene Minderheit innerhalb der litauischen lokalen Führung und einige Dutzend

¹⁰² Diese Annahme wird auch dadurch gestützt, daß Christian Gerlach in seiner Untersuchung zur deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland auf dieselbe deutsche Mordpolitik gestoßen ist. Auch er kam trotz der schlechten Quellenlage zu dem Ergebnis, dass die Deutschen gegenüber den als arbeitseinsatzunfähig eingestuften Personen unter den Zwangsevakuiererten eine Politik des Massenmordes durchführten. Im einzelnen kann er das zeigen für das Lager Lesna bei Baranoviče mit ca. 6.000 Toten sowie das Lager Osaritschi im März 1944, wo 8-9.000 der Evakuiererten innerhalb kürzester Zeit starben. Gerlach, Morde, S. 1092-1099.

junger Männer als litauische Partisanen fast ungehindert diese Politik umsetzen konnten, scheint mir die Frage zu sein, die sich an die nichtjüdische Bevölkerung stellt. Dass die deutsche Politik genau dieses verlangte und auch für die Ingangsetzung und Steuerung verantwortlich war, ist dabei eine notwendige Voraussetzung. Ohne die deutsche Besatzung wäre es nicht zum Massenmord an den Juden gekommen. Dass dieser mörderische Prozess dadurch in seinem Ablauf nicht hinreichend erklärt werden kann, ist ein zentrales Problem.

Die litauische Involvierung in die beiden anderen Massenmorde war wohl wesentlich geringer. Hier gab es keine längere gemeinsame Geschichte, die Opfer wurden vor allem in Lagern gehalten. Über die wesentlichen Kontaktpunkte zwischen Kriegsgefangenen und Zwangsevakuerten mit der einheimischen Bevölkerung vor allem an den vielen Arbeitsstätten, weiss man noch sehr wenig. Ob litauische Mitglieder der Schutzmannschaften nicht nur an der Bewachung, sondern auch an der Ermordung dieser Gruppen beteiligt waren, ist ungeklärt.

Die Hauptverantwortung für alle drei Massenmorde fällt auf die deutsche Besatzungsverwaltung. Beim Vergleich der drei Prozesse, die zu diesen Morden führten, fällt auf, dass es jeweils ähnliche Konstellationen waren, die schließlich den Schritt von Einzelmorden zu Massenmorden ermöglichten. Die deutsche rassistische Politik der Ausgrenzung, Isolierung und Deportierung von zehntausenden Personen führte zu einer grossen Häufung selbstgeschaffener Sachzwänge, die innerhalb relativ kurzer Zeit die Ermordung der jeweiligen Gruppen als vermeintlich einzig gangbaren Ausweg erscheinen liessen. Von herausragender Bedeutung waren jeweils rassistische Grundhaltungen. Sie waren es, die bei den Schwierigkeiten, diese Gruppen zu ernähren und sie 'sicherheitspolitisch zu neutralisieren', andere Möglichkeiten des Umgangs immer wieder ausschlossen. Am oben dargelegten Verhalten der deutschen Zivilverwaltung im Falle der sowjetischen Zwangsevakuerten lässt sich gut erkennen, dass es auf Zeitpunkte - und damit auf konkrete Konstellationen vor allem des jeweiligen Kriegsgeschehens - ankam, ob es zum Massenmord kam oder nicht. Im April 1943 war die Zivilverwaltung noch gegen die Umsetzung von Mordabsichten, im November/Dezember 1943 forderte sie diese selbst in noch grösserem Massstab - ermöglicht dadurch, dass es sich um 'rassisch' unerwünschte Menschen handelte. In dieser Verbindung von rassistischer Grundhaltung und Nützlichkeitskalkül liegt wohl einer der entscheidenden Antriebe für eine Politik, die schließlich nicht nur nicht davor zurückschreckte, Massenmorde zu begehen, sondern sie zu einer Notwendigkeit erklärte.